

Nancy Kestler und Conrad Wilitzki

Blaulichtorganisationen: Unverzichtbar für die Krisenbewältigung

Blaulichtorganisationen und zivilgesellschaftliches Engagement leisten einen wesentlichen Beitrag zur Bewältigung multipler Krisen. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, wie wichtig ein starker gesellschaftlicher Zusammenhalt und funktionierende Strukturen des Bevölkerungsschutzes sind. Ob Pandemie, Hochwasser oder geopolitische Spannungen - die Herausforderungen für unsere Demokratie und unser Gemeinwesen sind vielfältig. Umso bedeutsamer ist es, dass die Zusammenarbeit zwischen Behörden, Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) und zivilgesellschaftliche Akteure gestärkt wird.

Zu den klassischen Blaulichtorganisationen zählen in erster Linie Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste. Sie bilden das Rückgrat des Bevölkerungsschutzes und der Gefahrenabwehr in Deutschland. Daneben gibt es weitere wichtige Akteure wie das Technische Hilfswerk (THW) oder Hilfsorganisationen wie die Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH), den Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) oder das Deutsche Rote Kreuz (DRK).

Diese Organisationen übernehmen vielfältige Aufgaben - von der Verkehrsunfallhilfe über den Brandschutz bis hin zum Zivil- und Katastrophenschutz. Um im Ernstfall effektiv zusammenarbeiten zu können, sind sie stark vernetzt. Gerade in Krisensituationen kommt es auf das reibungslose Zusammenspiel aller Beteiligten an.

Eine besondere Rolle spielen dabei die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer. Allein im Bereich Katastrophenschutz engagieren sich rund 1,7 Millionen Menschen freiwillig, davon etwa 1 Million bei der Freiwilligen Feuerwehr. Dieses enorme bürgerschaftliche Engagement ist unverzichtbar für die Funktionsfähigkeit des Bevölkerungsschutzes.

Herausforderungen für Blaulichtorganisationen

Trotz ihrer großen Bedeutung sehen sich Blaulichtorganisationen mit verschiedenen Herausforderungen direkt konfrontiert:

- Demografischer Wandel: Die Organisationen kämpfen teilweise mit rückläufigen oder stagnierenden Mitgliederzahlen, insbesondere im ländlichen Raum.
- Kultureller Wandel: Flexiblere Lebens- und Arbeitswelten erschweren langfristiges ehrenamtliches Engagement.
- Unterwanderung durch Extremismus: Auch die Mitglieder der Blaulichtorganisationen sind nicht immun gegen antidemokratische Tendenzen. Die Organisationen für sich zu

instrumentalisieren oder aber ihren öffentlichen Einfluss zu bekämpfen, ist erklärtes Ziel extremistischer Akteure.

- Vielfalt: Es braucht mehr Diversität in den Organisationen, um die gesamte Gesellschaft abzubilden.
- Die internationalen Krisen wirken sich auch auf Deutschland aus und fordern die Blaulichtorganisationen heraus (Klima, Neue Kriege, Massen-Migration/-Asyl, Corona, autoritäre Bestrebungen).

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, setzen viele Organisationen auf gezielte Nachwuchsförderung, neue Engagementformate und Maßnahmen zur Förderung von Vielfalt. So hat beispielsweise die Johanniter-Unfall-Hilfe einen Fachausschuss Vielfalt und Inklusion gegründet und bietet interkulturelle Fortbildungen an. Die Landesfeuerwehrverbände wiederum haben ein Netzwerk aus Demokratie- und Vielfaltsprojekten aufgebaut, das vom Deutschen Feuerwehrverband (DFV) unterstützt wird.

Zivilgesellschaft als Krisenhelfer

Neben den etablierten Blaulichtorganisationen hat sich in den letzten Jahren auch die breite Zivilgesellschaft als wichtiger Akteur in Krisensituationen erwiesen. Das zeigte sich besonders deutlich während der Corona-Pandemie:

Zahlreiche Initiativen und Vereine übernahmen wichtige Aufgaben – von der Nachbarschaftshilfe über digitale Angebote bis hin zur sozialen Fürsorge. Sie trugen entscheidend dazu bei, den gesellschaftlichen Alltag aufrechtzuerhalten und Menschen durch die Krise zu helfen. Dieses Engagement war dringend geboten, da sich der Staat in den Vorjahren aus vielen Aufgaben zurückgezogen hatte.

Diese Erfahrungen zeigen: Die Zivilgesellschaft ist in der Lage, kurzfristig weitreichende Unterstützung zu mobilisieren. Sie sollte daher als systemrelevant betrachtet und stärker in Krisenbewältigung und -prävention einbezogen werden.

Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements

Um das Potenzial der Zivilgesellschaft für die Krisenbewältigung besser zu nutzen, braucht es gezielte Unterstützung und Förderung. Einige Ansatzpunkte dafür sind:

- Anerkennung der Systemrelevanz: Zivilgesellschaftliches Engagement sollte als unverzichtbarer Bestandteil der Krisenbewältigung anerkannt werden.
- Förderung von Netzwerken: Der Aufbau stabiler Netzwerke zwischen staatlichen Stellen, Blaulichtorganisationen und zivilgesellschaftlichen Akteuren sollte unterstützt werden.
- Niedrigschwellige Förderprogramme: Unkomplizierte Fördermöglichkeiten wie Kleinprojektfonds helfen, zivilgesellschaftliche Initiativen handlungsfähig zu halten.

- Qualifizierung: Schulungen und Fortbildungen können zivilgesellschaftliche Akteure besser auf Krisensituationen vorbereiten, wie etwa Konfliktmanagement für den Dienstalltag oder Deeskalation für das Einsatzgeschehen.

Demokratieförderung als Krisenprophylaxe

Neben der akuten Krisenbewältigung kommt der Stärkung unserer demokratischen Strukturen eine Schlüsselrolle zu. Denn nur eine resiliente Demokratie ist in der Lage, auch schwere Krisen zu meistern.

Steigerung der Partizipation und mehr Diversität als Querschnittsaufgabe

Ein wichtiger Aspekt bei der Krisenbewältigung und Demokratieförderung ist die Gleichstellung der Geschlechter, Partizipation für Mitbürger mit Flucht und Migrationsbiographie, Menschen mit Behinderung und der LGBTQ-Community stärker zu fördern. Jede und Jeder wird gebraucht und sollte sich in der Blaulichtfamilie willkommen wissen! Hier gibt es trotz Fortschritten nach wie vor Handlungsbedarf - auch in Blaulichtorganisationen und zivilgesellschaftlichen Strukturen.

Gerade in Krisenzeiten dürfen Gleichstellungsfragen nicht vernachlässigt werden. Denn eine diverse Gesellschaft ist krisenfester und widerstandsfähiger.

Krisen gemeinsam bewältigen

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt: Für eine erfolgreiche Krisenbewältigung braucht es das Zusammenspiel aller gesellschaftlichen Kräfte. Blaulichtorganisationen, zivilgesellschaftliche Initiativen und staatliche Stellen müssen Hand in Hand arbeiten.

Dabei gilt es, die jeweiligen Stärken zu nutzen: Die professionellen Strukturen und Erfahrungen der Blaulichtorganisationen, die Flexibilität und lokale Verwurzelung zivilgesellschaftlicher Initiativen sowie die Koordinations- und Steuerungsfähigkeit staatlicher Stellen.

Zentrale Handlungsfelder für die Zukunft sind:

- Stärkung des Ehrenamts in Blaulichtorganisationen durch gezielte Nachwuchsförderung und Diversitätsmaßnahmen.
- Anerkennung und Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure in Krisenbewältigung und -prävention.
- Ausbau von Vernetzungs- und Kooperationsstrukturen zwischen allen Beteiligten.
- Konsequente Demokratieförderung und Extremismusprävention, unterstützt durch eine klare durch die verbandspolitische Positionierung der Vorstände.
- Umsetzung gleichstellungspolitischer und diversitätsfördernder Maßnahmen als Querschnittsaufgabe der Verbandsentwicklung.

Wenn es gelingt, diese Aspekte zusammenzudenken und umzusetzen, können wir zuversichtlich in die Zukunft blicken. Denn eine starke Zivilgesellschaft und funktionierende Strukturen des Bevölkerungsschutzes sind der beste Schutz gegen zukünftige Krisen.

Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, unsere Demokratie und unser Gemeinwesen krisenfest zu machen!

Autor*innen: Nancy Kestler und Conrad Wilitzki

Nancy Kestler, die gebürtige Guatemaltekin, ist Ehrenamtsreferentin in der Bundesgeschäftsstelle der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. und ehrenamtliche Rettungssanitäterin.

Conrad Wilitzki ist Referent für das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ in der Bundesgeschäftsstelle des Deutschen Feuerwehrverbandes e.V..

Kontakt:

Nancy Kestler

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.

Lützowstraße 94

10785 Berlin

Mobil: 0173 6748905

E-Mail: Nancy.Kestler@johanniter.de

Conrad Wilitzki

Deutscher Feuerwehrverband e.V.

Reinhardtstraße 25

10117 Berlin

Tel.: +49 30 28 88 48 8-33

E-Mail: wilitzki@dfv.org

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de